

Stand: 14.06.2026 22:12:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9705

"Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9705 vom 28.01.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11544 des GP vom 10.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es anders als im stationären Bereich im ambulanten Bereich keine Förderung von Investitionen gibt.

Deshalb wird die Staatsregierung – gerade vor dem Hintergrund der Ambulantisierung des Gesundheitssystems und der damit verbundenen Notwendigkeit der Interoperabilität – aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Finanzierungsgrundlage zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, ein Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG), das ausschließlich durch Steuermittel des Bundes gespeist wird, geschaffen wird.

Begründung:

Mit der Einführung der Telematikinfrastruktur-Anwendungen, deren Nutzung vertragsärztlich verpflichtend ist, wurden ambulant tätige Leistungserbringer dazu gezwungen, ihre Praxis-IT an das Internet anzubinden. Durch die zunehmende Gefahr von Hackerangriffen wird dabei eine fachmännische, umfassende Absicherung der Praxissysteme stetig wichtiger.

Insgesamt werden die Praxen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten zunehmend digitaler. Für die Patientenversorgung, aber auch effektivere Praxisabläufe birgt Digitalisierung, sofern sie praxisnah gestaltet ist, durchaus positives Potenzial. In diesem Zusammenhang ist eine sichere, zukunftsfähige und interoperable IT-Infrastruktur in den Praxen entscheidend geworden für die Aufrechterhaltung der Patientenversorgung.

Daraus resultierender erhöhter Investitionsbedarf und Sicherheitsmaßnahmen gehen mit erhöhten Kosten für die Modernisierung und Sicherung digitaler Praxisinfrastrukturen einher. Hinzu kommt, dass Praxen teilweise Digitalisierungsprozesse auch aufgrund gesetzlicher Sanktionen umsetzen müssen. Demnach wird Digitalisierung gerade für kleinere Arztpraxen zunehmend zum finanziellen Problem. Diese Praxen tragen jedoch einen wichtigen Anteil zur Patientenversorgung, oftmals in peripheren Regionen bei. Nicht mehr stemmbare Kosten für IT-Infrastrukturen könnten zudem dazu führen, dass gerade ältere Leistungserbringer vorzeitig aus der ambulanten Versorgung ausscheiden.

Alles in allem könnten sich die steigenden Digitalisierungskosten in den Praxen negativ auf die Versorgungslage der Bürgerinnen und Bürger auswirken.

Im Jahr 2021 wurde im Zuge des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) ein 3 Mrd. Euro schweres Förderpaket beschlossen, das im stationären Bereich u. a. Investition in Digitalisierung und IT-Sicherheit erleichtert. Bedenkt man, dass in Deutschland 97 Prozent aller Behandlungsfälle (rund 600 Millionen pro Jahr) in den Praxen versorgt werden (Kassenärztliche Bundesvereinigung; Stand: März 2025), ist es nicht nur folgerichtig, sondern auch höchste Zeit, den ambulanten Bereich ebenfalls im Bereich der Digitalisierung und IT-Sicherheit zu unterstützen.

Der Gesetzgeber muss somit handeln und eine Finanzierungsgrundlage zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen schaffen – ähnlich dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) im Krankenhausbereich.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 19/9705

Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In der Überschrift wird nach der Angabe „Ärzten“ die Angabe „, Zahnärzten“ eingefügt.
2. In Satz 2 wird nach der Angabe „Ärzte“ die Angabe „, Zahnärzte“ eingefügt.

Berichterstatter: **Helmut Schnotz**
Mitberichterstatter: **Roland Magerl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 10. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Enthaltung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 6)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die konstruktive Beratung und wünsche einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:24 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. März 2026 (Vf. 7-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 26 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist,
 2. „ersatzweise“ des Art. 69 BayBeamtVG „i. V. m.“ Art. 35, 36 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643), geändert worden ist, und der Anlage 5 (Orts- und Familienzuschlag) zu diesem Gesetz
 PII-3001-2-46
 Drs. 19/11565 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
 Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2026 (Vf. 8-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
PII-3001-2-47
Drs. 19/11566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Für eine kosteneffiziente Energiewende:
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen
Drs. 19/9258, 19/11554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag
Landwirtschaft 2023 endlich einlösen
Drs. 19/9371, 19/11546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Planungsbeschleunigungs- und Bürokratieabbaupaket für
Infrastrukturvorhaben
Drs. 19/9386, 19/11555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten –
Bayern gentechnikfrei bewahren
Drs. 19/9391, 19/11539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Thomas Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene
Drs. 19/9667, 19/11538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen
Drs. 19/9704, 19/11543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten
Drs. 19/9705, 19/11544 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Helmut Schnotz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bericht über die Situation des Borna Disease Virus 1 (BoDV-1) in Bayern mit besonderem Blick auf die Gemeinde Maitenbeth im Landkreis Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen an der Ilm.
 Drs. 19/9708, 19/11545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
 Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit –
 Gegen ein Sonderstrafrecht für politische Eliten und gegen staatliche Kontrolle öffentlicher Debattenräume
 Drs. 19/9858, 19/11559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Doris Rauscher u.a. SPD
 Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee –
 Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!
 Drs. 19/9883, 19/11556 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik:
Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen
Drs. 19/9910, 19/11548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Andrea Behr, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz von Klärschlammasche als Düngemittel – „End of Waste“-Regelung vorantreiben
Drs. 19/9977, 19/11540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teure fossile Abhängigkeiten beenden – Erdölbohrungen in Bayern stoppen
Drs. 19/9991, 19/11557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung nachhaltiger Textilkreisläufe – Bewusstseinsbildung zu "Fast Fashion" verstärken
Drs. 19/9996, 19/11541 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürokratieabbau beim Einweg-Kunststoff-Fonds-Gesetz (EWKFondsG) – EU-Richtlinienkonforme und mittelstandsfreundliche Auslegung durch das Umweltbundesamt sicherstellen
Drs. 19/10003, 19/11542 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!
Drs. 19/10027, 19/11459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Land für Landwirte – Doppelbesteuerung beim Vorkaufsrecht abschaffen!
Drs. 19/10054, 19/11547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leere Gasspeicher - Versorgungssicherheit in Bayern wiederherstellen
Drs. 19/10071, 19/11558

Der Antrag wird für erledigt erklärt.